

Inhalt

Vorwort	7
1. Warum dieser Krieg? Warum jetzt?	10

Ukraine

2. Unabhängigkeit und Territorium	25
3. Protest und Transformation	46

Russland

4. Autoritarismus und (Neo-)Imperialismus	59
---	----

Der Krieg gegen die Ukraine

5. Die Krim-Annexion 2014	69
6. Der Krieg im Donbas seit 2014	82
7. Der Angriffskrieg seit dem 24. Februar 2022	93
8. Die Folgen des Krieges	105

Ausblick	120
--------------------	-----

Literatur	123
---------------------	-----

Karten	126
------------------	-----

Vorwort

Dieses Buch entsteht inmitten des Krieges; seine letzten Zeilen werden fünf Monate nach Russlands Angriff auf die gesamte Ukraine verfasst. Zu diesem Zeitpunkt konzentriert sich das Kriegsgeschehen auf die Region Donbas im Osten der Ukraine, wo russische Truppen unter Artilleriedauerbeschuss die Städte Sewerodonezk und Lyssyschansk und damit fast das ganze Luhansker Gebiet eingenommen haben. In den nächsten Wochen könnten sie mit ukrainischen Gegenoffensiven etwas weiter westlich sowie in der Region Cherson konfrontiert werden. Weiterhin finden Luftangriffe auf Waffen- und Munitionslager und auf Städte mit ihrer zivilen Infrastruktur in der ganzen Ukraine statt und immer neue Kriegsverbrechen werden dokumentiert. In Deutschland und in anderen EU- und NATO-Staaten halten die Debatten über die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit westlicher Sanktionen, über die Frage nach einem umfassenderen Energieembargo bzw. die Kosten russischer Gaslieferstopps sowie über den Umfang und das Tempo westlicher Waffenlieferungen an. Das Szenario eines lang andauernden Krieges, in dem die Ukraine keine Grundlage für Verhandlungen und Russland kein Interesse an Verhandlungen hat, zeichnet sich ab. Der Krieg hat darüber hinaus globale Auswirkungen, deren Dimensionen wir gerade erst zu erahnen beginnen.

Das Ausmaß an Zerstörung und die Kriegsverbrechen der russischen Truppen sowie das Angebot Russlands an alle Ukrainer und Ukrainerinnen, die russische Staatsbürgerschaft annehmen zu können, lassen keinen Zweifel daran, worum es Russland unter Präsident Wladimir Putin geht: um die Vernichtung des unabhängigen ukrainischen Staats und der ukrainischen Nation. Es ist somit auch ein Krieg gegen Ideen wie Souveränität, territoriale Integrität, Demokratie und ein friedliches Zusammenleben in Europa. Dieses kleine Buch ist ein Versuch auf-

zuholen, zu ordnen, zu erklären. Es ist ein Versuch, gegen die tägliche Atemlosigkeit des Kriegs anzuschreiben. Eine Stütze hierbei war für mich die internationale sozialwissenschaftliche Forschung zur Ukraine, zu Russland und zum Krieg seit 2014. Die Ukraine-Forschung war in den Sozialwissenschaften und im öffentlichen Diskurs strukturell bedingt nicht präsent genug. Sie erweist sich als essentiell für das Verständnis der gegenwärtigen Ereignisse. Für die noch ungewisse Zukunft ist zumindest die Gewissheit über diesen Krieg in Form von Dokumentation und Kontextualisierung eine unabdingbare Voraussetzung. Vielleicht kann dieses Buch einen Beitrag dazu leisten.

Wie lässt sich dieser Krieg erklären? Warum und wogegen führt Russland diesen Krieg – und warum jetzt? Und wie erklärt sich die Kraft des militärischen und zivilen Widerstands der Ukraine, von dem nicht nur Wladimir Putin und die russischen Streitkräfte überrascht wurden, sondern auch viele westliche Beobachter und Beobachterinnen? Es sind große Fragen für ein so kleines Buch. Es blickt zurück und zeichnet die wichtigsten Entwicklungen nach, die den Großangriff durch Russland immer wahrscheinlicher machten. Das Buch beginnt also bewusst nicht mit Putins Befehl zum Angriff auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 und einer Chronologie des Krieges. Stattdessen steigt es mit der Unabhängigkeit der Ukraine und den Herausforderungen ein, denen sich der ukrainische Staat seit 1991 stellen musste – in Bezug auf seine territoriale Integrität, seine Transformation und seine innen- und außenpolitische Orientierung. Der facettenreiche Begriff der Identität zieht sich wie ein roter Faden durch dieses Buch: von der ukrainischen Nation und staatlicher Unabhängigkeit über die Rolle ethnischer, sprachlicher und regionaler Identitäten bis zu der sie überlagernden, auf den ukrainischen Staat fokussierten Identität und die politische Entscheidung für eine Demokratie und Integration in westliche Institutionen. Es sind genau diese Entwicklungen, auf die der Autoritarismus unter Wladimir Putin mit dem Krieg gegen die Ukraine – von der Krim-Annexion über den Krieg im Donbas bis hin zur großangelegten Offensive – reagierte.

Dieses Buch legt den Akzent bewusst auf gesellschaftliche und politische Dynamiken, die in der Wissenschaft dokumentiert sind, aber im öffentlichen Bewusstsein Europas bis zum Krieg weitgehend unbekannt waren und auch in der jetzigen Kriegssituation noch häufig missverstanden werden. Eine zentrale Rolle spielt hierbei der Drang innerhalb der ukrainischen Gesellschaft nach Veränderung, der sich in wiederholten Protestzyklen entlud und zur Grundlage für den derzeitigen militärischen und zivilen Widerstand wurde. Die Tatsache, dass die Ukraine den meisten Menschen in Deutschland und Westeuropa bis zu diesem Krieg so fern erschien, hat viel mit einer undifferenzierten Sichtweise zu tun, die über dreißig Jahre nach 1991 die Sowjetunion gedanklich als Russland fortschreibt und dabei die anderen Sowjetrepubliken ausblendet. Der Imperialismus des russischen Zarenreichs und der Sowjetunion wirkt auch im westlichen Blick auf diese Region nach. Aus diesem Grund verzichtet dieses Buch bewusst auf das Adjektiv «post-sowjetisch», das die Ukraine und eine ganze Region auf die Erfahrungen und Hinterlassenschaften der Sowjetunion zu reduzieren droht.

Bei der Transkription ukrainischer und russischer Namen ist die Entscheidung der Lesbarkeit halber für die in deutschen Medien übliche Variante gefallen. Die Liste derer, die meinen Blick auf die Ukraine geschärft haben, ist zu lang, um sie hier ausführen zu können. Namentlich danken möchte ich zumindest denjenigen, mit denen ich seit Jahren am engsten in meiner Forschung zur Ukraine zusammenarbeite: Olga Onuch, Henry Hale und Volodymyr Kulyk und dem Team des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS). Wichtige Denkanstöße, die sich in diesem Buch wiederfinden, verdanke ich Roman Szporluk, Mark Beissinger, Serhii Plokhyy, Graeme Robertson und Sam Greene. Dankbar bin ich auch für die Forschungsassistenz durch Alice Lackner bei meinen Ukraine-Projekten am ZOiS. Ich bedanke mich beim Verlag C.H.Beck, insbesondere bei Sebastian Ullrich. Jim und Nora gebührt besonderer Dank für die Kraft, die sie mir seit dem 24. Februar in dieser beschleunigten und unfassbar traurigen Zeit gegeben haben.

Lasst uns mit dem Schwersten
anfangen – mit dem Gesang
und dem Löschen des Feuers
das in der Nacht näher rückt.
Lasst uns mit dem Flüstern
der Namen anfangen
und zusammen den Wortschatz
des Todes flechten.

Serbij Zhadan

1. Warum dieser Krieg? Warum jetzt?

Es herrscht Krieg in Europa. Diese Realität schreibt sich mit dem großangelegten Angriff Russlands auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 als Zäsur in das öffentliche Bewusstsein ein. In den fünf Monaten seit dem Großangriff haben bereits Zehntausende ihr Leben verloren – genaue Opferzahlen gibt es bisher nicht – und etwa 10 Millionen Menschen aus der Ukraine sind in Bewegung – etwa ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung. Zwischen 5 und 7 Millionen halten sich zwischenzeitig oder mittelfristig in den westlichen Nachbarländern der Ukraine auf. Schätzungen zufolge flohen seit Ende Februar etwa eine Million Menschen nach Russland oder wurden dorthin deportiert.

Über dreißig Jahre sind seit dem Ende der Sowjetunion vergangen. Ihr Zerfall ist wesentlich weniger friedlich verlaufen, als man gemeinhin denkt. Im Vergleich zur gewaltsamen Desintegration Jugoslawiens wirkten die Kriege um Bergkarabach, Transnistrien, Abchasien und Südossetien aus westeuropäischer Perspektive klein, obwohl in ihnen insgesamt Zehntausende starben und Hunderttausende vertrieben wurden. Und letztlich steht Russlands Krieg gegen die Ukraine ebenfalls im direkten Zusam-

menhang mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der lange vor dem offiziellen Ende 1991 begann und bis heute nachwirkt.

Russlands Krieg gegen die Ukraine beendet auch die Illusion des friedlichen Zusammenlebens in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges. Diese Illusion wurde weder von den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien in den frühen 1990ern noch von den Vorläufern der gegenwärtigen russischen Invasion erschüttert. Dabei begann Russlands Krieg gegen die Ukraine bereits 2014 mit der Annexion der Krim und dem von Moskau kontrollierten Krieg im Donbas, der zu etwa 14 000 Toten führte, etwa 1,5 Millionen Menschen zu Binnenflüchtlingen machte und etwa 1 Million Menschen nach Russland vertrieb. Seit dem Frühjahr 2021 stationierte Russland darüber hinaus weit über 100 000 Soldaten an der russisch-ukrainischen und belarusisch-ukrainischen Grenze.

Trotz allem kam der umfassende Angriff vom 24. Februar 2022, der mit Luftangriffen auf die Hauptstadt Kiew und Großstädte wie Charkiw begann und russische Panzerkolonnen von drei Seiten in die Ukraine vorrücken ließ, gefühlt überraschend. In Deutschland und in der EU waren viele von Drohgebärden und einem Kosten-Nutzen-Kalkül von Russlands Präsidenten Wladimir Putin ausgegangen, was einen Angriffskrieg dieser Art unwahrscheinlich erscheinen ließ. Die Bevölkerung in West- und Südeuropa war vor allem deshalb überrascht, weil die Ukraine auf ihrer mentalen Landkarte kaum vorkam. Die gefühlte und die geographische Distanz zur Ukraine klafften deutlich auseinander und haben sich erst durch die derzeitige Phase des Krieges einander angenähert. Und selbst die ukrainische Regierung hatte die Gefahr eines großangelegten Angriffs entweder selbst unterschätzt oder zumindest in der Öffentlichkeit mehrfach kleingeredet, um die Bevölkerung und die Wirtschaft nicht vorzeitig in Unruhe zu versetzen.

Der erste europaweite Schock über den Angriff vom 24. Februar 2022 wurde von einer zweiten weithin unerwarteten Erkenntnis abgelöst: der Stärke des militärischen und zivilen Widerstands der Ukraine gegen den Aggressor. Diverse westliche Verteidigungsministerien und Geheimdienste hatten angesichts

des militärischen Ungleichgewichts einen kurzen Krieg zugunsten Russlands erwartet. Widerstand lässt sich vor dem Eintreten des Extremfalls nur schwer vorhersagen. Laut einer Meinungsumfrage des Kiewer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS) vom Dezember 2021 war für den Fall eines erneuten russischen Angriffs die Hälfte der Bevölkerung (ohne die Krim und die nicht von Kiew kontrollierten Gebieten des Donbas, in denen reguläre Umfragen nicht durchgeführt werden können) bereit, Widerstand zu leisten: 33 Prozent äußerten zu diesem Zeitpunkt ihre Bereitschaft zu bewaffnetem Widerstand, und 22 Prozent zu zivilem Widerstand (Mehrfachnennung möglich). Insgesamt war laut dieser Umfrage der Widerstandswille im Westen des Landes etwas stärker ausgeprägt als im Süden und Osten. Bis Anfang Februar 2022 hatte sich dieser Trend auf Landesebene weiter verstärkt: Fast 58 Prozent zeigten sich zu diesem Zeitpunkt zu Widerstand bereit, darunter 37 Prozent zu bewaffnetem und 25 Prozent zu zivilem Widerstand.

Seit den ersten Kriegstagen, in denen die unerwartete Stärke der Ukraine ersichtlich wurde, wird immer wieder betont, dass sich in diesem Moment vor unseren Augen die ukrainische Nation in ihrem Staat konstituiere. Die offensichtliche Einigkeit entspricht nicht dem weit verbreiteten Bild einer in Ost und West gespaltenen Ukraine, in der Sprache, Ethnizität und Region interne Trennlinien ausmachen. Das Ausmaß des derzeitigen Widerstands und des zivilgesellschaftlichen Engagements – humanitäre Hilfe, Unterstützung für die Armee und der Wiederaufbau von Infrastruktur – ist jedoch die Folge und nicht die Ursache einer längst bestehenden ukrainischen Identität, die sich bei aller internen Diversität an den ukrainischen Staat und das Verständnis, ukrainischer Staatsbürger oder Staatsbürgerin zu sein, knüpft. Es geht also auch darum, nicht nur die heutige Stärke des ukrainischen Staates und seiner Identität anzuerkennen, sondern ein vor dem 24. Februar 2022 weit verbreitetes lückenhaftes Bild der Ukraine zu korrigieren und die Gründe für diese selektive Wahrnehmung kritisch zu hinterfragen.

Der Krieg brach nicht plötzlich über die Ukraine und über Europa herein. Eine Herausforderung liegt darin, ihn im Rück-

blick in seinem Kontext zu begreifen, ihn dabei aber auch nicht als zwangsläufige Folge bestimmter Ereignisse und Entwicklungen darzustellen. Geschichte und Politik sind nie alternativlos, auch wenn sich im Nachhinein die Stimmen mehren, die den Krieg immer vorausgesagt haben wollen. Eine derartig pauschalisierende Reaktion auf den Krieg würde jedoch dem politischen Prozess mit seinen Schlüsselmomenten, Fehleinschätzungen und Entscheidungen nicht gerecht. Kriege haben eine Vorgeschichte. Es geht um Weichenstellungen, die unter bestimmten Voraussetzungen vorgenommen werden. Über einen längeren Zeitraum hinweg lassen sich allerdings Muster erkennen, die einen Krieg wahrscheinlicher machten – bis hin zur Rede Wladimir Putins am 21. Februar 2022, in der er seine Intentionen in aller Deutlichkeit benannte. Drei Tage später erfolgte der Angriff auf die gesamte Ukraine.

Die Schlüsselrolle von Wladimir Putin ist offensichtlich. Zugleich lässt sich der Krieg nicht auf seine Person verengen. Die Bezeichnung «Putins Krieg» greift zu kurz, auch wenn Putin diesen Krieg auslöste. Auch gibt es nicht nur eine einzige Kriegsursache. Vielmehr war es ein Geflecht von miteinander verbundenen Entwicklungen, die die notwendigen, aber nicht hinreichenden Bedingungen für den Krieg schufen:

- die Autokratisierung Russlands verbunden mit wachsenden neo-imperialen Machtansprüchen
- die Durchdringung der russischen Gesellschaft mit staatlicher Geschichtspolitik und Propaganda
- die Demokratisierung und Westorientierung der Ukraine
- die Stärkung einer staatszentrierten ukrainischen Identität
- die zunehmende Diskrepanz zwischen westlichen und russischen Sicherheitswahrnehmungen
- die wachsenden Widersprüche in der westlichen Russlandpolitik
- die sukzessive Ausweitung des Krieges seit 2014.

Erst in ihrem Zusammenspiel ermöglichten diese Dynamiken Russlands Krieg gegen die Ukraine, und Putin als Katalysator ließ diese Möglichkeit zur Realität werden. Jede der aufgeführ-

ten Entwicklungen beschreibt eine Verknüpfung von strukturellen Faktoren und politischen bzw. gesellschaftlichen Akteuren. Es handelt sich somit nicht um eine Reduzierung auf strukturelle Hintergrundfaktoren. Die Liste umfasst je zwei auf Russland und die Ukraine bezogene Entwicklungen, zwei Trends in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sowie eine dem Krieg selbst innewohnende Logik. Sie lässt sich kürzer fassen oder weiter untergliedern, erfasst aber meinem Verständnis nach in dieser Bandbreite die zentralen systemischen, ideellen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen. Die Gewichtung mag unterschiedlich ausfallen. Meiner Ansicht nach spielen die erste und dritte Entwicklung in ihrer Wechselwirkung die zentrale Rolle – sowohl als Erklärung für die steigende Wahrscheinlichkeit des Krieges als auch für die sich entfaltende Kriegsdynamik. Die oben an zweiter und vierter Stelle angeordneten Entwicklungen beschreiben staatliche und gesellschaftliche Mechanismen, die die konträren innen- und außenpolitischen Modelle Russlands und der Ukraine stützen. Eine demokratische, in westliche Institutionen integrierte Ukraine stellt für das autoritäre Russland unter Präsident Wladimir Putin eine Gefahr dar. Zum einen unterläuft die Ukraine den regionalen – und indirekt auch den globalen – Machtanspruch Russlands, der eine wichtige Legitimationsgrundlage des autoritären Systems ist. Zum anderen könnte dieses Modell der Ukraine auch für die russische Gesellschaft oder die Eliten zu einem Kristallisationspunkt für Hoffnungen und Erwartungen werden, die das existierende russische Staatsmodell von innen in Frage stellen. Es geht im Kern um Russlands autoritären Systemerhalt samt seiner neo-imperialen Machtprojektion. Die Bereitschaft, für diesen Systemerhalt Krieg zu führen, unterstreicht das Ausmaß und die Dringlichkeit der Gefahr, die von der Ukraine für Russland ausging. Dies ist der Kontext, in dem Putin als Schlüsselakteur in einem jeweils als opportun wahrgenommenen Zeitfenster zuerst den Befehl zur Annexion der Krim, dann zum Krieg im Donbas und schließlich zum Frontalangriff auf die gesamte Ukraine gab.

Autokratisierung Russlands verbunden mit wachsenden neo-imperialen Machtansprüchen

Die Ernennung Putins zum Präsidenten der Russländischen Föderation im Mai 2000 war der Auftakt zu einem systematischen Aufbau eines autoritären Systems. Putins Vorgänger im Amt, Boris Jelzin, hatte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, den er bewusst beschleunigt hatte, in Russland einen ambivalenten Kurs zwischen wirtschaftlicher Liberalisierung, Demokratisierung, Gewalt und Autoritarismus verfolgt. Seine Präsidentschaft verbindet sich insbesondere mit der Verfassung von 1993, die ein starkes präsidentiales System mit Dekretvollmachten festschrieb, einem weitreichenden Einfluss wirtschaftlicher Eliten, die von der Privatisierung profitierten, und dem ersten Tschetschenienkrieg 1994–1996. Putins Amtsantritt war durch den noch brutaler geführten zweiten Tschetschenienkrieg als Antwort auf vermeintliche terroristische Attacken in Moskau unmittelbar von Gewalt geprägt. Über Repressionen und eine Umstrukturierung des Machtzentrums wurde der Einfluss der Oligarchen auf politische Entscheidungsprozesse zurückgedrängt. Das System stützte sich immer stärker auf den Sicherheitsapparat und die Armee. Die Zentralisierung und Personalisierung des Systems gingen einher mit einer immer umfassenderen Medienkontrolle, Repressionen gegen jegliche Form der politischen Opposition und einer zunehmenden Atomisierung der Gesellschaft. Das autoritäre System unter Wladimir Putin hat über die Jahre hinweg immer aktiver am Selbsterhalt gearbeitet. Es ist somit ein Beispiel dafür, dass Autoritarismus kein statisches System beschreibt, sondern eines, das Anpassungen vornimmt und dafür verschiedene Anreize, Druckmittel und die Delegation von Verantwortung einsetzt. Eine enge Verknüpfung von russischer Innen- und Außenpolitik gehört zu den Rückkopplungsmechanismen, die das politische System erhalten. Russische Außenpolitik ist immer auch russische Innenpolitik und dient somit der internen Legitimation. Und andersherum definiert die Innenpolitik den Spielraum der Außenpolitik und gibt ihr einen gesellschaftlichen Rückhalt. Unter Putin ist der

Neo-Imperialismus ein fester Bestandteil des Autoritarismus geworden. Zum systematischen Ausbau des autoritären Systems gehörte somit die explizite Formulierung und teilweise Umsetzung von regionalen und globalen Machtansprüchen, so z. B. in Georgien ab 2008 und in der Ukraine ab 2014. Die neo-imperiale Staatsideologie wurde maßgeblich von Putin selbst geprägt. Aus ihr leitet sich die proklamierte Kriegsmotivation ab; an sie ist der Erhalt des derzeitigen autoritären Systems gekoppelt.

Das Diktum, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen, lässt sich in vergleichenden Studien empirisch bestätigen, nicht jedoch die These, dass Autokratien häufiger Krieg führen als Demokratien. Auch wenn die politische Verfasstheit des Systems nicht per se über Krieg und Frieden entscheidet, so spielt die Machtkonzentration in einem autoritären System eine Rolle für die letztendliche Entscheidung über Krieg und Frieden und ihre Rechtfertigung. Es gibt weniger institutionell verankerte Hürden auf dem Weg zum Kriegsbefehl und kaum Opposition gegenüber der ideellen oder materiellen Kriegsbe-gründung.

***Durchdringung der russischen
Gesellschaft mit staatlicher Geschichtspolitik
und Propaganda***

Der russische Staat betreibt seit Jahren eine äußerst proaktive Geschichtspolitik, die versucht, mit einer selektiven Interpretation der russischen und sowjetischen Geschichte Anknüpfungspunkte für die individuelle und kollektive Identifikation zu bieten und das politische System nach innen zu legitimieren. Die Instrumentalisierung der Geschichte, aus der politische Ansprüche für die Gegenwart und Zukunft abgeleitet werden, ist einer der zentralen Mechanismen des Autoritarismus unter Putin. Insbesondere der Zweite Weltkrieg steht im Mittelpunkt der von oben gelenkten historischen Erinnerung. Eine wichtige Rolle spielen die öffentliche Inszenierung des 9. Mai, des Tages des Sieges über Nazi-Deutschland, das Umschreiben und die

Vereinheitlichung von Schulbüchern und die Anpassung der historischen Forschung an die Bedürfnisse des Staates. Die Staatsmedien verankern die politisch opportune Interpretation von Geschichte als Teil der neo-imperialen Staatsideologie im gesellschaftlichen Alltag des Systems.

Die Betonung liegt auf den Kontinuitäten in der russischen und sowjetischen Geschichte, während politische Umbrüche wie die Oktoberrevolution und der Zusammenbruch der Sowjetunion in der offiziellen Geschichtsschreibung als Aberration auftauchen. Die neo-imperialen Machtansprüche gipfeln in der Sicht Putins auf die Ukraine, der die Existenz als eigenständige Nation und als Staat abgesprochen wird. In den von Putin aktiv betriebenen und teilweise selbst verfassten Geschichtsdiskursen und ihrer intensiven medialen Verbreitung in Russland und im Ausland spiegelt sich auch Putins Sorge um die eigene historische Hinterlassenschaft. In seinen diversen Reden sieht er sich in der direkten Nachfolge der russischen Zaren, insbesondere Peters des Großen. Wie andere historische Hinterlassenschaften auch, entfalten aus der Geschichte abgeleitete Machtansprüche nicht automatisch ihre politische Wirkung. Sie müssen aktiviert werden. Dies kann über die Reibung mit konträren politischen Ideen geschehen.

Demokratisierung und Westorientierung der Ukraine

In den über 30 Jahren seit der ukrainischen Unabhängigkeit, hat eine Transformation der Ukraine in ein politisches System stattgefunden, das eine klare Alternative zum Autoritarismus russischer Prägung darstellt. Der Transformationsprozess ist nicht immer gradlinig verlaufen und ist noch nicht abgeschlossen, aber die grundlegende Weichenstellung erfolgte durch die wiederholte gesellschaftliche Mobilisierung für Unabhängigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Zyklen der Massenproteste – v. a. die Orangene Revolution von 2004 und der Euromaidan 2013/14 – haben die Erfahrungen, Erwartungen und Hoffnungen innerhalb der ukrainischen Gesellschaft ge-